



## Newsletter 12/23, 21. Dezember 2023

### **Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren!**

Der Frieden der Welt beginnt in den Herzen der Menschen.  
(Karl Jaspers, dt. Psychiater und Psychologe 1883 - 1969)

Dieser Satz birgt so viel Wahres. Wenn wir tagtäglich in den Nachrichten die Schrecken der Kriege wie in der Ukraine, terroristischer Akte der Barbarei wie in Israel und die Antwort der Israelis in zertrümmerten Ruinen und zahlreichen Verletzten im Gazastreifen sehen, ist dies nur mit unbändigem Hass zwischen Menschen zu erklären.

Dennoch bringt gerade Weihnachten immer Licht und Hoffnung ins Dunkle, lässt uns innehalten und das Herz öffnen. Möge sich dieser Zauber von Weihnachten als Frieden in vielen Herzen ausbreiten. Möge man in diesen Tagen zurück blicken auf ein sehr bewegtes Jahr und eher die erfreulichen und erbaulichen Dinge sehen.

Liebe Freundinnen und Freunde, in meiner bisherigen Abgeordnetentätigkeit erlebe ich Politik in einer unruhigen, krisenhaften Zeit. Wir haben keine Verschnaufpausen. Für mich kann ich für die vergangenen zwei Jahre sagen, dass ich mich im politischen Betrieb in Berlin – sowohl innerhalb der Fraktion als auch bei den externen Ansprechpartnern zu meinen fachlichen Berichterstattungsthemen – gut etabliert habe. Auch mit den Bürgerinnen und Bürgern in meinem Wahlkreis, aber auch den CDU-Orts- und Stadtverbänden, stehe

ich im engen Kontakt.

Daher habe ich mir die Entscheidung, mich als Oberbürgermeisterin der Stadt Weil am Rhein zu bewerben, nicht einfach gemacht, vor allem auch aus Respekt vor meinem Bundestags-Direktmandat. Oberbürgermeister Wolfgang Dietz wird nach 24 Jahren bei der Wahl am 3. März nicht mehr antreten. Seine Amtszeit endet im Mai.

Die Vielzahl an Aufgaben, die die Kommunen ohne Ausgleich vom Bund oder dem Land zugewiesen bekommen, beginnen Städte und Gemeinden immer mehr zu fordern, wenn nicht gar zu überfordern. Kommunen erhalten kaum Unterstützung für diese Herausforderungen, vor denen sie stehen. In so einer Situation braucht es starke Kommunalmanager, die diese Herausforderungen annehmen, politisch und fachlich vernetzt sind, vor Ort konkret gestalten und die Handlungsspielräume nutzen können.

Diesen Herausforderungen möchte ich mich als Oberbürgermeisterin für die Stadt Weil am Rhein stellen.

Nun wünsche ich Ihnen eine frohe und gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in ein gesundes Jahr 2024

Ihre



**Meine Bilanz als Abgeordnete im Deutschen Bundestag**

Für „meine Bilanz“ nach zwei Jahren als Abgeordnete des Deutschen Bundestags bin ich sehr dankbar: Ich habe als Mitglied des Ausschusses für Gesundheit in dieser 20. Legislaturperiode bisher 23 Reden im Deutschen Bundestag gehalten und über 70 schriftliche Einzelfragen an die Bundesregierung eingereicht (jedem Abgeordneten stehen monatlich vier Einzelfragen zu). Außerdem habe ich 11 Kleine Anfragen an die Bundesregierung initiiert und an drei wesentlichen Positionspapieren der Fraktion inhaltlich stark mitgewirkt: Positionspapiere der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Themen „Pflege“ und „Sexkaufverbot“ und das Positionspapier der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag zu „Versorgung mit Kinderarzneimitteln sicherstellen“.

Ein parlamentarisches Highlight meiner bisherigen Arbeit war, dass ich Anfang November 2023 den Antrag „Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen stärken“ in den Bundestag einbringen konnte. Bereits Anfang Dezember wurde er im Parlament debattiert und geht nun in den Ausschuss für Gesundheit. Der Einsatz für eine bessere Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen ist ein wichtiges Signal an die betroffenen Menschen. Die langen Wartezeiten auf Therapieplätze sind nicht akzeptabel, die Bedarfsplanung der Psychotherapie muss endlich – vor allem mit Blick auf Kinder und Jugendliche – weiterentwickelt werden, stationäre und ambulante Versorgung müssen besser miteinander verknüpft werden. Gemeinsam mit den Ländern und Kommunen muss psychotherapeutische, psychiatrische und psychosoziale Krisen- und Notfallversorgung nach einheitlichen Standards niederschwellig, flächendeckend, 24 Stunden/7 Tage auf- und ausgebaut werden, um auch die Suizidprävention zu stärken. Zudem ist dringend notwendig, ausreichend Weiterbildungsplätze für Psychotherapeutinnen und -therapeuten nach dem Master zu finanzieren.

In über 60 Pressemitteilungen habe ich bisher über meine Arbeit in Berlin und für den Wahlkreis berichtet. Täglich berichte ich über die Sozialen Medien, also bei Instagram, Facebook und LinkedIn in informativen Beiträgen mit vielen Fotos über meine Arbeit. Monatlich kommt mein Mail-Newsletter heraus.

Eine besonders erfolgreiche Veranstaltung ist die digitale DialogWERKSTATT. Hier diskutiere ich sowohl aktuelle Themen der Bundespolitik als auch als Mitglied des Gesundheitsausschusses Themen aus dem Gesundheitsbereich, die ein besonderes Augenmerk brauchen. Ich spreche dabei immer mit Fachpersonen, die unterschiedliche Perspektiven einnehmen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer können im Anschluss ihre Fragen stellen und kritisch mitdiskutieren. An jeder digitalen Veranstaltung nehmen zwischen 30 bis 70 Personen teil. Gefreut habe ich mich dieses Jahr auch über die sehr gut besuchten Veranstaltungen in Präsenz mit meinen Bundestagskollegen Roderich Kiesewetter in Bad Bellingen, Andreas Jung in Staufen und Thorsten Frei in Zell im Wiesental.



### Meine 23. Rede im Bundestag

Meine 23. [Rede](#) im Plenum des Deutschen Bundestages hielt ich zum von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur „Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens“. In der Rede wies ich darauf hin, dass die Digitalisierung unseres Gesundheitssystems nicht, wie von der Ampel-Regierung suggeriert, erst jetzt startet und es nicht nur auf ein Gesetz ankommt, sondern auch auf anwenderfreundliche und effizient funktionierende Technik und, dass der Mensch diese Technik auch anwenden muss.

Das zeige sich beim elektronischen Rezept, das ab Januar 2024 zur Pflicht wird. Bereits seit 1. Juli dieses Jahres sollen Versicherte ein digitales Rezept erhalten können. In der Praxis ist ein Papierrezept dennoch meist schneller ausgestellt als ein digitales.

Ein weiteres Beispiel ist die elektronische Patientenakte (ePA): Hier wird Durchlässigkeit und Transparenz in der Versorgung verbessert, Patientinnen und Patienten profitieren, wenn die Behandlungsdaten in der ePA umfangreich und übersichtlich dokumentiert werden. Dafür braucht es jedoch eine stabile Software in den Arztpraxen, es braucht auch eine Vergütung für das Einpflegen der Daten und es braucht Klarheit, wer auf welche Daten zugreifen kann. Patientinnen und Patienten müssen die Hoheit über ihre Daten behalten!

Gerade für Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen ist wichtig, dass sie darauf vertrauen können, dass nicht jede Ärztin, jeder Arzt Einsicht in den Krankenverlauf hat. Und bei Missbrauch braucht es ein klares automatisches Meldesystem mit klar formulierten Sanktionsmöglichkeiten, so wie wir es aus Dänemark kennen.

Zusammenfassend stellte ich fest: Der Gesetzentwurf der Regierung ist ein ordentlicher Aufschlag, hat aber noch genügend Luft nach oben! Wir hätten es uns weitgehender vorstellen können! Und schließlich wird die Umsetzung entscheidend sein!

Hier können Sie das Video meiner Rede ansehen: <https://youtu.be/bb81utDxD8M>



**Plenarwoche vom 13. bis 17. Dezember**

**Das waren Themen in dieser Sitzungswoche:**

#### **Vorteile von chemischen Substanzen nutzen**

Die chemische Gruppe der per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) ist fester Bestandteil unserer modernen Gesellschaft. PFAS stellen durch ihre wasser- und fettabweisende Eigenschaft sowie ihre chemischen und thermischen Stabilität eine nicht mit anderen Stoffen vergleichbare Gruppe von Chemikalien dar. Aufgrund der einzigartigen Kombination dieser Eigenschaften werden sie häufig dort eingesetzt, wo Produkte oder industrielle Prozesse extremen Bedingungen ausgesetzt sind oder besondere Anforderungen an das Produkt gestellt werden - zum Beispiel bei der Schutzkleidung von Feuerwehrleuten, in medizinischen Anwendungen oder in der Halbleiterproduktion. Bei professioneller Anwendung, in der ein sachgemäßer Umgang einschließlich der sicheren Entsorgung gewährleistet werden kann, besteht keine Gefahr für Mensch und Umwelt. Die Unionsfraktion hat sich in einem Antrag gegen ein vollständiges Verbot von PFAS ausgesprochen und die Bundesregierung aufgefordert, sich innerhalb der EU dafür

einzusetzen, ein differenziertes Regulierungsvorgehen anzustreben. Im Interesse der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und im Interesse der Verbraucher sollte es einen risikobasierten Regulationsansatz geben, der sich viel stärker auf tatsächliche Emissionen stützt. Nicht zuletzt stünde ein breiter Beschränkungsansatz den Zielen des europäischen Green Deals entgegen. Ohne PFAS wäre das ehrgeizige Ziel der EU, bis 2050 klimaneutral zu sein, nicht zu erreichen. In praktisch allen Erzeugungsarten klimafreundlicher Energie, z.B. in Windrädern oder Wärmepumpen, werden PFAS verwendet. Außerdem wäre damit der im Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft formulierte Anspruch der EU gefährdet, Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung zu entkoppeln, da sich die Lebensdauer vieler Produkte ohne den Einsatz von PFAS verkürzt. Auch die Europäische Industriestrategie wäre wertlos, wenn zum Beispiel Halbleiter in der EU nicht mehr produziert werden dürften, da PFAS im Produktionsprozess benötigt, gleichzeitig aber Halbleiter aus nicht EU-Ländern importiert werden.

### **Neue Afrika-Strategie**

Die künftige Entwicklung Afrikas wird die Zukunft Europas und Deutschlands maßgeblich beeinflussen. Diese Erkenntnis setzt sich in Deutschland in zentralen Politikbereichen wie der Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschafts-, Innen- sowie der Entwicklungspolitik immer stärker durch. Umso wichtiger ist es, diese Zukunft aktiv zu gestalten und ein grundlegendes Konzept für eine strategische Neuausrichtung unserer Politik gegenüber unseren afrikanischen Partnern zu entwickeln.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag möchte den Rahmen für einen intensiveren politischen Austausch, neue außen- und sicherheitspolitische Kooperationen, eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit und bessere Entwicklungsperspektiven setzen und damit eine dringend notwendige Kurskorrektur einleiten. In dem dazugehörigen Positionspapier geht es um klare, strategische Prioritäten, die zu mehr Stabilität, Wachstum und Wohlstand beitragen und friedensfördernd wirken. Dabei sind wir uns auch unserer kolonialen Vergangenheit bewusst. Gemeinsam mit unseren afrikanischen Partnern wollen wir das 21. Jahrhundert zu einer Erfolgsgeschichte für die Entwicklung Afrikas und Europas machen - eine Partnerschaft in Vielfalt, die gemeinsame Ziele verfolgt.

Die von Bundeskanzler Scholz postulierte "Zeitenwende" greift zu kurz, wenn sie sich allein auf die europäische Sicherheit und eine bessere Ausrüstung der Bundeswehr fokussiert. Bereits vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine haben weltpolitische Entwicklungen stattgefunden, die die deutsche Außenpolitik herausfordern; tektonische Verschiebungen, die in besonderem Maße auch Afrika betreffen und auch von Afrika ausgehen. Deshalb ist auch gegenüber unserem Nachbarkontinent eine "Zeitenwende", d.h. eine grundlegende Neuorientierung unserer Politik, zwingend geboten.

### **Zukunftsperspektive für Bioenergie**

Die Bioenergie leistet bereits heute einen etablierten, systemdienlichen und unverzichtbaren Beitrag zur Erreichung der Energie- und Klimaziele sowie zur Versorgungssicherheit in Deutschland. Bioenergie kann dort eingesetzt werden, wo andere erneuerbare Energien an ihre Grenzen kommen. Die Bioenergie ist als einzige

erneuerbare Energie in der Lage, gesicherte und regelbare Leistung für Strom und Wärme bereitzustellen. Damit sind flexible Biogasanlagen eine elementare und unverzichtbare Flexibilitätsoption im Strommarkt der Zukunft. Bei 90 % der rund 10.000 Biogasanlagen wird über die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bereits heute neben Strom auch Wärme und bei 10 % Biomethan gewonnen. Sie bieten daher auch wichtige Potentiale für die künftige, defossilisierte leitungsgebundene Wärme-, Strom- und Gasversorgung insbesondere auch in ländlichen Räumen. Biokraftstoffe leisten bereits einen erheblichen Beitrag zur Defossilisierung des Straßenverkehrs. Bioenergie ist darüber hinaus eine wichtige Säule der Wertschöpfung und Beschäftigung insbesondere im ländlichen Raum.

Nachbarländer wie Frankreich, Dänemark, die Niederlande und Österreich haben erfolgreich klare Strategien für die Produktion und den Einsatz der Bioenergie definiert. Im Rahmen der EU-Gasbinnenmarkttrichtlinie wird zudem für die dann einheitliche EU-Gasinfrastruktur die grenzüberschreitende Handelbarkeit von Biomethan erleichtert. Die Unionsfraktion fordert daher die Bundesregierung u. a. auf, die 2023 eingeführte Verengung der Ausschreibungen auf Biomethan-Spitzenlastkraftwerke zurückzunehmen und den Schwerpunkt wieder auf flexible KWK-Anlagen zu legen, sowohl im Biomethan- wie auch im regulären Biomasse-Segment. Die Potenziale und Stärken der Bioenergie wie Flexibilität, Verlässlichkeit, Souveränität, Speicherbarkeit sowie Grund- und Spitzenlastfähigkeit müssen künftig stärker genutzt werden.

### **Geldwäsche konsequent bekämpfen**

Deutschland gilt international als Geldwäsche-paradies, in dem es Kriminellen viel zu leicht und viel zu oft gelingt, die aus ihren kriminellen Handlungen gewonnenen Gelder zu Zwecken der Geldwäsche und der Vermögensverschleierung und der damit verbundenen Sicherung der illegalen wirtschaftlichen Erträge in den legalen Wirtschaftskreislauf einzuschleusen. Laut des vom Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichten Bundeslagebildes zur Organisierten Kriminalität (OK) beliefen sich die Geldwäscheaktivitäten im Jahr 2022 allein bei den geführten OK-Verfahren auf knapp eine Milliarde Euro. Der Umfang der gewaschenen Gelder dürfte aber ein Vielfaches dessen betragen - Schätzungen sprechen von jährlich bis zu 100 Milliarden Euro. Gleichzeitig konnten laut Bundeslagebild OK bei den geführten Verfahren im Deliktsbereich Geldwäsche im Jahr 2022 nur 9,4 Millionen Euro vorläufig gesichert werden. Geldwäschern gelingt es in Deutschland viel zu oft, lange unentdeckt zu bleiben und illegales Geld massenhaft reinzuwaschen. Gleichzeitig bietet die mangelnde Effektivität der deutschen Regelungen gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität auch ein Einfallstor für die Finanzierung von terroristischen Vereinigungen und deren Unterstützer im In- und Ausland. Die konsequente Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung muss daher auf allen staatlichen Ebenen mit höchster Priorität verfolgt werden.

Die Unionsfraktion fordert in einem Antrag die Bundesregierung dazu auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die bisher über Polizei- und Zollbehörden zerstreuten, polizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste im Bereich der Finanzkriminalität, des Schmuggels und der Sanktionsdurchsetzung zu einer geschlossenen und schlagkräftigen Zollpolizei im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen gebündelt werden. Auch soll eine gesetzliche Regelung zur Durchführung von administrativen Vermögensermittlungsverfahren geschaffen werden, die die neu geschaffene Zollpolizei zum Aufspüren und zur Sicherung von verdächtigen

Vermögensgegenständen sowie Vermögensgegenständen ungeklärter Herkunft ermächtigt. Schließlich müssen die Kooperationsmöglichkeiten der deutschen Nachrichtendienste und ihrer gemeinsamen Zentren mit ausländischen Partnern forciert werden.

### **Unions-Antrag zur Versorgung mit Medizinprodukten**

Medizinprodukte leisten einen wichtigen Beitrag für eine effiziente Gesundheitsversorgung. Sie sind ein bedeutender Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor. Stand 2022 beschäftigte die Branche in Deutschland insgesamt über 250.000 Menschen. Allein in den letzten Jahren sind über 12.000 neue Stellen geschaffen worden. Jeder Arbeitsplatz in der Branche sichert zudem 0,75 Arbeitsplätze in anderen Sektoren. Der Gesamtumsatz der Medizintechnologie (MedTech)-Branche lag 2022 bei rund 38 Milliarden Euro. Die Unternehmen der Medizintechnologie tragen wesentlich zu einer positiven Entwicklung der Gesundheitswirtschaft durch Innovationen in Deutschland bei. Davon sind 93% kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Neue Branchenergebnisse zeigen jedoch, dass das Innovations- und Investitionsklima auf einem historischen Tiefpunkt ist.

Die überbordende Bürokratie mittels Dokumentationen und erneuten Prüf- und Konformitätsbewertungsverfahren – auch von jahrelang bewährten Medizinprodukten – gestaltet zudem den Markt zusätzlich zunehmend unattraktiver und verhindert, dass innovative Produkte in den Markt kommen, oder führt im schlimmsten Fall dazu, dass bewährte Bestandsprodukte dem europäischen Markt und damit in der Versorgung von Patientinnen und Patienten verloren gehen. Die Unionsfraktion fordert die Bundesregierung daher auf, eine zügige Anpassung der Kapazitäten der benannten Stellen zu bewirken, um eine zügige Zertifizierung der Medizinprodukte zu fördern. Der Abbau von Bürokratie bei der technischen Dokumentation soll vorangetrieben werden und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts erhöht werden, auch im internationalen Vergleich, insbesondere für KMU im Hinblick auf Medizinprodukte, um Innovationen z.B. durch ein Fast-Track-Verfahren schneller und umfangreicher voranzutreiben und dabei auch die international wechselseitige Anerkennung von Medizinprodukten zu stärken.

---



**Landesrabbiner Moshe Flomenmann, Bundesverdienstkreuzträgerin  
Hanna Scheinker, Rachel Scheinker und Anna Schneider zu Besuch in Berlin**

Herzlicher Austausch im Reichstag mit dem Landesrabbiner (Baden) Moshe Flomenmann, Hanna und Rachel Scheinker und Anna Schneider, Vorsitzende der Israelitischen Kulturgemeinde Lörrach über die aktuell schwierige Situation der Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland und weltweit, wie ebenso über die Bedeutung von schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit.

Hanna Scheinker wurde 2021 für ihr Engagement für die Pflege und Entwicklung jüdischen Lebens in Lörrach mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet – eine sehr

verdiente Würdigung ihrer langjährigen hochengagierten Arbeit! Sie machte deutlich, dass die aktuellen Anfeindungen und der neu aufblitzende blinde Hass auf alles Jüdisches in Deutschland sehr schmerzlich sind. Es braucht daher ein klares Bekenntnis zum Judentum als wichtiger Teil der Kultur und Geschichte Deutschlands, aber auch mehr Bildungsarbeit über das lebendige Judentum in Deutschland heute.

Rabbi Flomenmann und die israelitische Kulturgemeinde Lörrach wollen daher verstärkt mit Kindern und Jugendlichen über antiisraelische oder antijüdische Einstellungen ins Gespräch gehen. Aber auch mehr über Social Media informieren, um Vorurteile abzubauen. Wichtig ist, das Gemeinsame herauszuarbeiten.

Für nächste Woche habe ich zusammen mit dem Kreisverband der CDU Lörrach einen Termin in der Synagoge und der Israelitische Gemeinde vereinbart, um unsere Solidarität mit Israel und den Jüdinnen und Juden zu bekunden und ein klares Zeichen der Unterstützung zu setzen.



**Ein großes Dankeschön an meine Kollegen in der "Arbeitsgruppe Gesundheit" für die tolle Zusammenarbeit in diesem Jahr!**

Die letzte Sitzung des Ausschusses für Gesundheit im Jahr 2023 war eine schöne Gelegenheit, mich bei meinen wunderbaren Kolleginnen und Kollegen in der AG Gesundheit der CDU/CSU-Fraktion für die gute Zusammenarbeit auch in diesem Jahr zu bedanken.

Gemeinsam arbeiten wir seit zwei Jahren an den großen gesundheitspolitischen Themen und prägen damit die parlamentarischen Debatten – kritisch gegenüber der Ampel und konstruktiv in der Sache. Vor allem die Krankenhausreform und ihre Finanzierung,

Verbesserungen in der Pflege, die psychotherapeutische Versorgung und der anhaltende Medikamentenmangel waren in den letzten Wochen unsere Schwerpunkte.

Für die ausgezeichnete Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe einen herzlichen Dank an meine Kolleginnen und Kollegen.



**Den 1,7 Millionen Menschen in Ehrenämtern in Deutschland gilt mein Respekt, meine Unterstützung und mein Dank!**

Was wären wir ohne unsere ca. 1,7 Millionen Menschen, die sich ehrenamtlich Tag und Nacht für uns alle einsetzen in den Feuerwehren, dem THW und in den anerkannten Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst.

Über 90 Prozent aller Einsätze werden von ehrenamtlichen Helfenden getragen, ohne deren Einsatz, die Bewältigung komplexer Krisenlagen nicht möglich wäre! Damit alle ehrenamtlichen Einsatzkräfte gleichermaßen Wertschätzung für ihren Einsatz erfahren, fordere ich gemeinsam mit den Hilfsorganisationen eine deutschlandweite harmonisierte, verbindliche Regelung zur Helfergleichstellung für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte aller anerkannten Hilfsorganisationen!

Das bedeutet konkret:

- Freistellung und Lohnfortzahlung für alle offiziell alarmierten Einsätze, Ausbildungen, Ausbilderinnen und Ausbilder.
- Eine Regelung, die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber und Ehrenamtlichen Rechtssicherheit ermöglicht – in jedem Einsatzfall.
- Der beschlossenen Absichtserklärung durch die Innenministerinnen und Innenminister der Länder, die Helfergleichstellung einzuführen, auch Taten folgen zu lassen.

Ein herzliches Dankeschön an alle ehrenamtlichen Organisationen für Einsatz und Engagement. Danke für die Zeit, die Leidenschaft, für die Ausdauer, Probleme zu lösen und zu überwinden.



### **29. Tage der Begegnung in Berlin mit jungen Gästen aus meinem Wahlkreis**

Frühstück im Paul-Löbe-Haus mit jungen Menschen aus meinem Wahlkreis, die an den „Tagen der Begegnung“ im Deutschen Bundestag teilgenommen haben. Zum 29. Mal fand dieses fest etablierte Ereignis nun schon statt. Auch diesmal war mein Wahlkreis Lörrach-Müllheim sehr gut vertreten, denn Jonas Hoffmann MdL und Ute Hoffmann aus Lörrach gehören schon seit Jahren zum Organisations-Team der "Tage der Begegnung".

Seit 1985 laden Abgeordnete des Deutschen Bundestages fraktionsübergreifend interessierte Menschen zu Begegnungen mit Abgeordneten und Gesprächen über Politik, Glaube und Werte in den Deutschen Bundestag ein. Den Rahmen dafür bildet die Präambel des Grundgesetzes: "In Verantwortung vor Gott und den Menschen".

Noch in Bonn begründete Prof. Dr. Rita Süßmuth die Tradition der Schirmherrschaft durch

die Bundestagspräsidenten, die bis heute fortgeführt wird. Ein interfraktioneller Einladerkreis verantwortet die Veranstaltung. Gespräche und Seminare von Abgeordneten aus allen Fraktionen bieten Raum, eigene Werte, die Wichtigkeit von gesellschaftlichem Engagement und aktuelle Themen zu diskutieren. Daneben sind die persönlichen Begegnungen mit Ministern, Staatssekretären, Fraktionsvorsitzenden und der Präsidentin des Deutschen Bundestages für die Teilnehmer besonders eindrücklich.

Mich erfreut es immer wieder zu sehen und zu hören, wie gut sich schon sehr junge Menschen über das politische System und seinen Institutionen in Deutschland informieren. Gerne habe ich die Fragen der Gäste beantwortet.

## Neues aus dem Wahlkreis



Gespräche mit der Leitung des Jobcenters des Landkreises Lörrach

## über die aktuellen Herausforderungen

Seit 2014 bin ich als Mitglied des Kreistags Lörrach im Beirat des Jobcenters des Landkreises Lörrach. Regelmäßig werden wir über die Entwicklung der Zahlen, Dienstleistungen, Projekte und ihre Erfolge informiert.

Im Beirat sind Kreisräte aller Fraktionen, aber auch u. a. die Industrie- und Handelskammer, Kreishandwerkerschaft, Diakonie und Caritas und natürlich die Arbeitsagentur Lörrach-Waldshut vertreten. Dadurch kommt ein gelungener Austausch zustande, aus dem sowohl die Geschäftsführung des Jobcenters aber auch alle Beiräte wichtige Anregungen für ihre Arbeit mitnehmen können.

Dieses Mal lag der Schwerpunkt auf der Entwicklung der Kosten für das Bürgergeld, insbesondere mit Blick auf Menschen aus der Ukraine. Ohne diese "Gruppe" wäre der Anteil der Menschen, die Bürgergeld beziehen, sogar gesunken. Angesichts der Zahlen ist es richtig, Menschen aus der Ukraine stärker und schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Insgesamt erhalten vier Millionen erwerbsfähige Menschen in Deutschland Bürgergeld. Eine Million weniger Bürgergeldempfänger würde eine Entlastung von 30 Milliarden Euro bedeuten. Nicht für jede berufliche Tätigkeit ist ein Sprachniveau von B1 oder mehr notwendig. Und jede/r, die/der eine Sprache gelernt hat, weiß, dass sie beim Anwenden im Alltag "on the Job" am besten gelernt werden kann.

Abgesehen davon brauchen wir inzwischen jede Arbeitskraft, um den Arbeitskräftemangel aufzufangen.



## Freudige Wiedereröffnung der Heldelinger Unterführung in Haltingen/Weil am Rhein

Feierliche Eröffnung der Heldelinger Unterführung in Haltingen, Weil am Rhein, mit vielen Haltinger Bürgerinnen und Bürgern. 38 Monate, mehr als drei Jahre, war das Unterdorf vom Oberdorf getrennt.

Bereits 2007 war der erste Erörterungstermin zur Schnellbahntrasse in Haltingen, 2010

wurde der Planfeststellungsbeschluss für die Trassenführung festgeschrieben. 6,5 Millionen hat die Stadt selbst finanziert; Bahn und Land haben zusammen weitere sechs Millionen der insgesamt 12,4 Millionen Euro Baukosten getragen. Zusammen mit dem Anteil an der Nordwestumfahrung hat die Stadt Weil am Rhein in den vergangenen Jahren 21 Millionen Euro in die Verkehrsinfrastruktur des Stadtteils Haltingen investiert.

Oberbürgermeister Wolfgang Dietz richtete seinen Dank an alle, die sich für den Bau von Unterführung und Nordwestumfahrung eingesetzt und mitfinanziert haben und eröffnete anschließend die Unterführung.

Für mich war es wunderbare Gelegenheit, mich mit vielen Menschen im Gespräch auszutauschen.



### **Jubiläum: 20 Jahre Erfolgsprojekt Tempus Fugit in Lörrach**

20 Jahre „Nur Mut!“ - Welch große Freude, das Jubiläum dieses Erfolgsprojekts zur Zukunfts- und Berufsorientierung gemeinsam mit Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern zu feiern.

Vor 20 Jahren hatte ich die Idee, das Thema Berufsfindung für Schülerinnen und Schüler einmal anders zu denken: mit Theater! Gleich beim ersten Kontakt mit Karin Maßen, Leiterin des Theaters Tempus Fugit, sprudelten die Ideen. Es war der wunderbare Beginn eines erfolgreichen Projekts, jungen Menschen Impulse für die berufliche Zukunft zu geben. Es war auch der Start für die Professionalisierung des grandiosen regionalen Jugendtheaters, damals noch „ohne feste Adresse“ und heute mit einem eigenen Schauspielhaus in der Mitte Lörrachs.

Gemeinsam mit Horst Eckert, Chef der Agentur für Arbeit, Gudrun Heute-Bluhm, Oberbürgermeisterin a.D., Dr. Rudolf Schick, Leitender Schulamtsdirektor Lörrach und Francesco Grieco, Geschäftsführer der Acito Logistics GmbH diskutierten wir die Herausfordernden von jungen Menschen bei der Berufswahl, wie das Forumtheater „Nur Mut!“ dabei unterstützen kann und wie die Finanzierung des erfolgreichen Theaterstücks auch heute noch auf jährliche Projektfinanzierung angewiesen ist, obwohl es in den Unterricht als Bildungsplaneinheit integriert werden müsste!

Es war auch eine große Freude ein paar Tage davor, das Stück nach zwei Jahrzehnten an der Albert-Schweitzer-Schule Lörrach wieder einmal anzuschauen. Es hat nichts von seiner Wirkung verloren!

---

## Augenblicke



... Treffen mit Thomas Benkert, Präsident der Bundesapothekenkammer und im Vorstand der ABDA, zum Thema ungenügende Versorgung mit Kinderarzneimitteln ... Besuch in Buggingen beim Bürgermeister und Gemeinderäten mit anschließendem Hofbesuch beim Weingut Noll ...



... Gratulation an Bürgermeister Patrick Weichert und Rechnungsamtsleiter Frank Wecker der Gemeinde Münstertal im Schwarzwald für den Investitionszuschuss von 20.044.617.00 Euro für den flächendeckenden Breitbandausbau in ihrer Gemeinde ... Spannende Produktionsführung bei Bayer am Standort Grenzach-Wyhlen mit Gesprächen über Selbstmedikation als wichtigen Baustein in der Gesundheitsversorgung ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,  
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!  
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte  
Personen weiterleiten.



 weiterleiten

Diana Stöcker MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

[diana.stoecker@bundestag.de](mailto:diana.stoecker@bundestag.de)

---